

(Abg. Ditz.)

W die Zukunft bedeutende Gefahren drohen. Wenn wir nun, wie mit dieser Maßnahme beabsichtigt ist, diesen Gefahren dadurch die Spitze zu bieten suchen, daß wir uns in den Besitz reicher Kohlenfelder setzen, was, wie uns versichert worden ist, für Jahrhunderte sogar unseren Bedarf an Eisenbahnen decken kann, so glaube ich, nach der Prüfung, die ich habe vornehmen können — sie ist freilich ebenfalls nur oberflächlich —, doch von der Annahme ausgehen zu sollen, daß die Hohe Staatsregierung das Richtige getroffen hat und infolgedessen bei diesem ihrem Vorgehen von uns zu unterstützen ist.

Wenn nun von Seiten des Wortführers der äußersten Linken an diese sehr bedeutsame Maßregel — das wiederhole ich nochmals — die weitergehende Annahme geknüpft worden ist, daß wir mit ihr einen mächtigen Schritt nach der sozialistischen Gesellschaftsordnung hin tun, so bin ich nicht in der Lage, dem Herrn Hauptredner der äußersten Linken in dieser Beziehung beizupflichten. Ich glaube, wir können noch 10 und mehr derartige Schritte tun, je geeigneter sie sind, das Wohl des Staates zu fördern, um so mehr, meine ich, sichern sie und festigen sie im Gegenteil die gegenwärtige Staats- und Gesellschaftsordnung,

(Zuruf links: Tun Sie das nur! Da brauchen wir's nicht zu tun!)

B

ohne daß wir dem Sozialismus zutreiben. Der Umstand, daß gewisse Betriebszweige vom Staate übernommen werden, ist auch in der kapitalistischen Wirtschaft nichts Ungewöhnliches, ich erinnere nur an die großen und bedeutenden Institute des Post- und Telegraphen- und Eisenbahnwesens und einen großen Teil des Versicherungswesens, die bereits verstaatlicht worden sind, ohne damit auch nur um einen einzigen Schritt dem sozialistischen Staate näher zu kommen. Die Sache ist vielmehr die, daß trotz der Erwerbung und Übernahme großer Wirtschaftszweige auf den Staat und der Verteilung des Nutzens auf die Allgemeinheit der Staatsbürger doch die Betriebe an sich durchaus so eingerichtet bleiben, daß sie die kapitalistische Produktion in keiner Weise alterieren und infolgedessen auch nicht geeignet sind, den sozialistischen Staat vorzubereiten. Diese Ausführungen sollen indessen für die betreffenden Herren Redner nichts Verletzendes haben, sie sind nur eine objektive Beurteilung der gegenwärtig geplanten Maßnahmen, die die einen so, die anderen anders deuten.

Nun möchte auch ich aber noch mit einigen Worten mich zu dem Hygiene-Museum wenden, dessen Unterstützung durch eine andere Position geplant wird. In bezug auf die Rätlichkeit der Unterstützung dieses Museums

stelle ich mich in der Hauptsache auf den Standpunkt (O) der Herren Abgg. Nischke, Singer und auch Günther. Auch ich nehme an, daß das Hygiene-Museum durchaus eine Maßnahme ist, die man im allgemeinen Interesse unterstützen soll. Wenn irgend etwas geeignet ist, uns vor Augen zu führen, daß wir mit der Unterstützung des Museums einen durchaus vollstümlichen Schritt tun, so braucht man bloß zurückzublicken auf den Erfolg, den die Hygiene-Ausstellung im vorigen Jahre gehabt hat, um daraus zu schließen, daß in der Tat diese Ausstellung die auffallende Erscheinung gezeitigt hat, daß sie die Ausstellungsmüdigkeit, von der sonst gesprochen wird, mit einem Schlage zu beseitigen gewußt hat. Trotzdem schließe ich mich den Darlegungen des Herrn Abg. Nischke vor allem insofern an, als er meint, daß man sich hüten solle, Fehlschlüsse aus dieser Erscheinung zu ziehen. Was im vergangenen Jahre vollstümlich gewesen ist und die allgemeine Sympathie auf sich gezogen, einen großen Zusammenfluß von Menschen nach dieser Ausstellung hervorgebracht hat, das kann im nächsten Jahre verflogen sein oder doch einer flauen Stimmung Platz gemacht haben.

Das aber führt mich zu der weiteren Konsequenz, die auch schon von den Herren Vorrednern angedeutet worden ist, daß man mit Rücksicht auf die Möglichkeit dieser Entwicklung auch auf das sorgfältigste abwägen soll, unter (D) welchen Bedingungen man einen so hohen Beitrag wie 2 Millionen Mark hergeben soll. Der Betrag von 2 Millionen Mark ist ja keine Kleinigkeit, und da muß ich gestehen, daß ich in dieser Beziehung im Dekret wie auch in der heutigen Erklärung, die vom Regierungstische erfolgt ist, noch gewisse Andeutungen vermißt habe, ob und inwieweit die Hohe Königl. Staatsregierung bei der Bewilligung dieser großen Summe sich vorbehalten hat, die Hände mit in dieses Unternehmen zu halten und auch ferner darin zu behalten. Ich meine, wenn man sich dazu entschließt, diesen Betrag zu bewilligen, so sollte man sich auch weitere Rechte vorbehalten in der Richtung namentlich, daß man bei der Auswahl der Ausstellungsgegenstände schon ein gewichtiges Wort mit zu sprechen hat, zum andern aber auch sich dessen versichert, daß bei gewissen Möglichkeiten, die bei einem derartigen Museum durchaus nicht ausgeschlossen sind, der Staat nicht etwa in die Gefahr kommt, diese Summen für sich und die Allgemeinheit zu verlieren. Das letztere ist um so ernstlicher in Erwägung zu ziehen, als der Charakter der ganzen Anstalt in privatrechtlicher Beziehung zu Beforgnissen Veranlassung gibt. Wenn das Museum in den Besitz des Staates oder meinetwegen der Stadt Dresden überginge, so würde für die Zukunft der Ent-